

Walter Mühlhausen

# Das Weimar-Experiment

Die erste deutsche Demokratie 1918–1933



Umschlagbild: Feier zum 75. Jahrestag der Eröffnung der Nationalversammlung von 1848 in der Paulskirche von Frankfurt: Massenauflauf am 18. Mai 1923 auf dem Frankfurter Römerberg.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek  
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation  
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische  
Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8012-4261-9  
1. Auflage 2019

Copyright © 2019 by  
Verlag J. H. W. Dietz Nachf. GmbH  
Dreizehnmorgenweg 24, 53175 Bonn  
Umschlag: Jens Vogelsang, Aachen  
Layout: Petra Strauch, Bonn  
Druck und Verarbeitung: CPI books, Leck

Alle Rechte vorbehalten  
Printed in Germany 2019

Besuchen Sie uns im Internet: [www.dietz-verlag.de](http://www.dietz-verlag.de)

---

# Inhalt

Einleitung .....	7
Prolog – Vorwärts in die Republik .....	13
<b>I. Grundsteinlegung der Republik .....</b>	<b>15</b>
<b>1. Weichenstellungen in der Revolution .....</b>	<b>15</b>
Das Stichwort: Der Allgemeine Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte .....	30
Das Stichwort: Die Münchener Räterepubliken .....	37
<b>2. Die Nationalversammlung und ihr Hauptwerk:</b>	
<b>Die Reichsverfassung .....</b>	<b>40</b>
Das Stichwort: Weimar als Chiffre .....	40
Im Fokus: Zwei Präsidenten .....	52
<b>II. Entwicklungen in der Republik .....</b>	<b>59</b>
<b>1. Wandel und Wanderung: Parteien und Wahlen .....</b>	<b>59</b>
<b>2. Regierungssystem und Regierungspraxis .....</b>	<b>75</b>
Das Stichwort: Gesetzesvertretende Regelungen .....	79
Im Fokus: Das Krisenjahr 1923 .....	89
<b>3. Außenpolitik im langen Schatten von Versailles .....</b>	<b>103</b>
Im Fokus: Dolchstoßlegende .....	107
Das Stichwort: Volksentscheid gegen den Young-Plan .....	118
<b>4. Die Länder – Stabilitätsanker und Krisenherde .....</b>	<b>122</b>
Das Stichwort: Reichsexekution .....	131
Im Fokus: Die Gemeinde als Urzelle des Staates .....	136
<b>5. Der umkämpfte Sozialstaat .....</b>	<b>144</b>
Das Stichwort: Die Weltwirtschaftskrise als Katalysator des Untergangs .....	155
<b>6. Ein Staat im Staate? –</b>	
<b>Das Militär zwischen Verfassungstreue und Staatsloyalität .....</b>	<b>160</b>
Das Stichwort: Der Kapp-Lüttwitz-Putsch .....	163
Im Fokus: Wehr- und Kampfverbände .....	173

<b>7. Die Frau zwischen Wahlurne und Waschmaschine</b> . . . . .	176
<b>8. Der Schein der Goldenen Zwanziger</b> . . . . .	187
Im Fokus: Berlin – Taktgeber der Moderne . . . . .	189
<b>9. Die bedrängte und die wehrhafte Republik</b> . . . . .	206
Das Stichwort: Konservative Revolution . . . . .	214
Im Fokus: Symbole und Tradition als Kitt der Republik . . . . .	217
 <b>III. Die Zerstörung der Republik</b> . . . . .	225
1. Überlebenskampf und Tod auf Raten . . . . .	225
Das Stichwort: Der Preußenschlag . . . . .	230
2. Über das Scheitern des Experiments von Weimar . . . . .	235
 <b>Epilog – Das Schicksal eines Republikaners</b> . . . . .	243
 <b>Anhang</b> . . . . .	245
Weiterführende Literatur . . . . .	245
Personenregister . . . . .	251
Abkürzungen . . . . .	255
Bildnachweis . . . . .	256
Der Autor . . . . .	256

---

## Einleitung

Ostersonntag 1914. An diesem 12. April verkündet der 55-jährige Kaiser Wilhelm II. in seiner Thronrede vor dem Reichstag umfangreiche Verfassungsreformen. Er hebt alle Wahlrechtsbeschränkungen auf und erklärt das gleiche und geheime Wahlrecht für Männer und Frauen für allgemeinverbindlich. Das die wachsende Arbeiterschaft eklatant benachteiligende preußische Dreiklassenwahlrecht soll ebenso wie das ungerechte Mehrheitswahlsystem des Reiches durch ein alle Stimmen berücksichtigendes Verhältniswahlrecht ersetzt werden. Sogleich erklärt er, dass nunmehr die Regierung aus dem Parlament erwachse und der Reichskanzler künftig nicht mehr von ihm ernannt, sondern vom Reichstag gewählt werde und nur diesem verantwortlich sei. Dabei dürfe die stärkste Fraktion, die SPD, nicht von der Mitbestimmung ausgeschlossen, sondern müsse, da hinter ihr ein Drittel der Wähler steht, führend in die Regierung eingebunden werden. Als Monarch wolle er künftig fast nur noch repräsentative Aufgaben wahrnehmen. Vor dem vollbesetzten Haus erklärt er weiterhin die Flottenrüstung für beendet und kündigt außenpolitisch eine Phase der Entspannung, innenpolitisch eine Periode des sozialstaatlichen Ausbaus in Fortführung der Bismarck'schen Sozialgesetzgebung an. Beim anschließenden Zusammentreffen mit führenden Sozialdemokraten fordert er diese zur Regierungsteilnahme auf. Die beiden Vorsitzenden Friedrich Ebert und Hugo Haase erklären sich dazu bereit, und für den linken radikalsozialistischen Flügel bekundet Karl Liebknecht angesichts der baldigen umfassenden Reformen den Verzicht auf umstürzlerische Bestrebungen. Die erzkonservative »Neue Preußische Zeitung (Kreuz-Zeitung)«, bis dahin der Sozialistenfresser par excellence, zollt den Neuerungen Beifall.

Nachdem es der neuen zivilen und der alten militärischen Führung im Juli/August des Jahres gelungen ist, den Bündnispartner Österreich-Ungarn von einem Waffengang gegen Serbien abzuhalten, und die Krise zur Bildung multilateraler Sicherheitspakte nutzt, geht das demokratische Kaiserreich vor dem Hintergrund wirtschaftlicher Prosperität und gesellschaftlicher Nivellierung unter Fortsetzung der um die Jahrhundertwende begonnenen Modernisierung einer glücklichen Entwicklung entgegen. Alles in allem: Deutschland stehen rosige Zeiten bevor. Was für eine Geschichte! Aber sie ist eine kontraktionsreiche Erzählung. So lief die Entwicklung im wilhelminischen Deutschland eben nicht ab.

Es bedurfte eines Weltkriegs, bis der sich in Pomp und Pose sonnende Wilhelm II. Ostern 1917 demokratische Reformen ankündigte. Und es bedurfte erst der deutschen Niederlage in dem mehr als vierjährigen Weltenbrand, um die Regierung auf parlamentarische Füße zu stellen und die ausgegrenzten Sozialdemokraten mit ins Boot zu nehmen. Doch es war zu spät, viel zu spät, denn das unzufriedene und ausgemergelte Volk nahm das Heft in die Hand und stürzte die Monarchie. Wäre der Kaiser vier Jahre zuvor zu der Einsicht von der Notwendigkeit der Reformen gelangt, wer weiß, welchen Lauf das Geschehen genommen hätte. Wäre es so, wie einleitend beschrieben, gekommen, dann hätte Wilhelm II. möglicherweise unter Huldigung des Großteils der Bevölkerung 1928 sein vierzigjähriges und 1938 sein fünfzigjähriges Thronjubiläum gefeiert. Aber weil ihm die Einsicht fehlte, verbrachte er diese Jahre im Exil, seiner Kaiserwürde seit dem 9. November 1918 verlustig.

So strömten die auf dem Umschlagbild dieses Bandes zu sehenden Massen am 18. Mai 1923 nicht auf dem Römerberg in Frankfurt a. M. zusammen, um einen amtierenden und nach wie vor weithin beliebten Kaiser zu Gesicht zu bekommen, sondern das erste demokratische Staatsoberhaupt in der deutschen Geschichte, den am 11. Februar 1919 von der Nationalversammlung gewählten Reichspräsidenten Friedrich Ebert, der zum 75. Jahrestag des Paulskirchenparlaments gekommen war. Der Tag in Erinnerung an die Revolution von 1848 wurde insgesamt zu einer imposanten Manifestation der Republik und der Republikaner; zu dieser Volksfeier versammelten sich 30.000 Bürger und Bürgerinnen. Dem abendlichen Fackelzug wohnten etwa 60.000 Menschen bei. Hatte auch manch führender Politiker wie der parteilose Reichskanzler Wilhelm Cuno durch Abwesenheit Gleichgültigkeit zu diesem symbolträchtigen Ereignis offenbart, mochte auch die Paulskirche an diesem Tag mit Hakenkreuzschmierereien besudelt worden sein: Der 18. Mai des Krisenjahres war ein Tag eindrucksvoller republikanischer Heerschau, Werbung für die Demokratie, erlebte man doch so etwas wie die klassenübergreifende freiheitliche Bürgergesellschaft in Harmonie. Zehn Jahre später jedoch war die Republik, die mit so viel Enthusiasmus und Aufbruchsstimmung, aber auch mit Lasten und Belastungen gestartet war, zerstört.

Die vierzehn Jahre der ersten deutschen Demokratie gelten als weithin ausgeleuchtet: »Kaum eine Epoche der deutschen Geschichte ist so gut erforscht wie die Zeit der Weimarer Republik«, leitet DETLEV PEUKERT seine bahnbrechende Studie von 1987 ein. Doch existiert keine Einigkeit in den Be trachtungen der Jahre von 1918 bis 1933, auch wenn die Zeit der großen interpretatorischen Meinungskämpfe passé ist. Weimar galt lange lediglich als Zwischenkriegsperiode, als Bindeglied zwischen Monarchie und Diktatur. Die erste Republik war damit Nachgeschichte von Kaiserreich und Krieg und vor

allen Dingen Vorgeschichte der nationalsozialistischen Diktatur. Mittlerweile herrscht Einigkeit, sie als eine eigenständige Periode der deutschen Geschichte durchaus mit Chancen und Entwicklungsmöglichkeiten zu sehen. Ebenso wird die lange als steckengeblieben und unvollendet bezeichnete Revolution jüngst nahezu euphorisch als »größte aller Revolutionen« bejubelt (ROBERT GERWARTH).

Nur wenige Darstellungen verteidigen die deterministische Sicht, dass die erste deutsche Republik, entstanden aus dem Zusammenbruch des Kaiserreiches, von Anbeginn an wegen versäumter Weichenstellungen in der Revolution den Virus einer tödlichen Krankheit in sich getragen habe, der 1930 zum Ausbruch gekommen sei und 1933 zum Exitus geführt habe. Diese Sichtweise machte fundamentale Fehler und Unterlassungen in der Entstehungsphase aus, das Ausbleiben einer Republikanisierung von Militär und Verwaltung und einer Entmachtung demokratifeindlicher Gruppen, Akteure und Zentren. Das alles sei möglich und notwendig gewesen, hätte zumindest in Ansätzen versucht werden müssen. Der Untergang 1933 sei so schon in der Revolutionszeit begründet worden. Nunmehr geht die jüngere Wissenschaft in Ablehnung einer Zwangsläufigkeit des Endes aufgrund des mangelhaften Anfangs von einer bis zum Schluss existierenden relativen Offenheit der Situation aus. Auch dieser Übersicht liegt die These zugrunde, dass keine Einbahnstraße von Scheidemann zu Hitler führte. Denn zu fragen bleibt: Hatte man nicht die entsprechende Medizin zur Hand, um die nach dem revolutionären Umsturz vom 9. November 1918 ins Leben gerufene Demokratie zu stärken und dauerhaft gegen den Ansturm antirepublikanischer Kräfte zu immunisieren? In der Beschreibung der kurzen Lebensdauer war der Blick immer auf Fehlentwicklungen und Mängel gerichtet, die letztlich zum Scheitern führten. Aber hatte die Republik nicht auch Erfolge vorzuweisen? Andersherum: »Würde man die Weimarer Republik nicht stets von ihrem Untergang her beurteilen, so müsste man ihr großartige Leistungen binnen kürzester Zeit attestieren« (HORST MÖLLER).

Die Republik von Weimar, der das Kainsmal der Unvollkommenheit anhaftete, wurde in der historischen Beschreibung mit ganz unterschiedlichen Kennzeichnungen versehen. Sie galt als improvisierte, überforderte und missbrauchte Demokratie, als »Laboratorium der Moderne« (PETER FRITZSCHE), als System, das seine Freiheit – allzu leichtfertig – verspielte (HANS MOMMSEN), dabei zumeist in Verbindung gebracht mit dem Schlagwort von der »Krise«, dauerhafter wie phasenweiser. Hier wurde sich für das Etikett »Experiment« entschieden – Experiment, weil die Republik nach ihrer Sturzgeburt mit einer kollektiven Verunsicherung auf zahlreichen Feldern Neuland beschritt, dabei Neues schuf, das über ihr Ende hinaus Bestand haben sollte oder nach den

Jahren der Diktatur restauriert wurde. Der vielfach verwandte Begriff findet weite Verbreitung. So hat Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier in seiner Rede im Deutschen Bundestag zum 100. Jahrestag des 9. November 1918 die Revolution 1918/19 als einen Aufbruch in die Demokratie, »in ein politisches Experiment mit offenem Ausgang« beschrieben. Vieles war neu, wurde ausprobiert und ausgetestet, musste gestaltet, erlernt und akzeptiert werden. Aber lag nicht vielleicht genau im Experiment und im Experimentellen auch eine Gefahr für das Neue? So fragt MARTIN LLANQUE, ob es nicht zu riskant gewesen sei, angesichts der Konfliktlagen »demokratische Experimente zu wagen«.

In Anlehnung an TIM B. MÜLLER wird nachfolgend die Geschichte Weimars »als das große Experiment und die große Erwartung«, als eine »offene Geschichte der Unwägbarkeiten und Risiken, aber auch der Stabilisierungen und Konsensstiftungen« verstanden. Weimar wird als Versuch gesehen, nach dem Umsturz von 1918 eine Demokratie aufzurichten und sie mit Leben zu erfüllen, trotz retardierender Altlasten.

Die ganz unterschiedlichen, zum Teil überhöhten Erwartungen, die an das Experiment gestellt wurden, und die tatsächliche Entwicklung drifteten auseinander, so dass schon der Zeitgenosse den Begriff der Krise als das prägende Charakteristikum für seine Gegenwart verwandte. In der inflationären Nutzung von »Krise« drückte sich nicht nur eine Beschreibung von Lebensumständen und Zeit aus, sondern auch die Suche nach einer Lösung aus eben der Notlage, die durchaus jenseits der demokratischen Verfasstheit liegen konnte.

Die Geschichte der Weimarer Republik wird allgemein in drei Phasen unterteilt, der ersten Findungsperiode bis hin zur Überwindung der Existenzkrise 1923, den mittleren Jahren von 1924 bis 1929 als Periode der relativen Stabilität, auf die Überlebenskampf und Untergang folgten. Nur im Vergleich mit den Wirren der Gründerjahre und des Endspiels erscheint die Mittelperiode einigermaßen stabil, denn auch in diesen Jahren kam die Republik nicht zur Ruhe. Auch unserer kleinen Analyse liegt dieses Drei-Phasen-Modell zugrunde, das sich jedoch nicht adäquat in der Gliederung niederschlägt. Denn nach der Beschreibung der Grundsteinlegung 1918/19, also Revolution und Verfassungsschöpfung, folgen thematische Längsschnittanalysen, zunächst zu den traditionellen Politikfeldern Parteien, Parlamentarismus und Außenpolitik, ehe dann die in Gesamtdarstellungen bislang doch recht kurz kommende Geschichte der Länder (und Kommunen), die ihren Beitrag zur Entwicklung der ersten Demokratie leisteten, kurzrissisch beleuchtet wird. Weil Weimar sich als Sozialstaat positionierte, widmet sich ein Abschnitt dem Ringen um die sozialstaatliche Ausformung, wo sich Erwartungen, Interessen und finanz- und wirtschaftspolitische Krisen in einem besonderen Maße niederschlugen. Verpackt unter dem weithin gängigen Schlagwort von den »Goldenene Zwan-

ziger Jahren« findet der vielschichtige kulturelle Aufbruch als eine prägende Entwicklung Weimars Berücksichtigung. In der mehrfach gespalteten Gesellschaft spielten die Klassen- und Konfessionsgrenzen eine besondere Rolle, zu denen sich Konflikte zwischen den Generationen und den Regionen gesellten (HEINRICH AUGUST WINKLER). Diese gesellschaftlichen Veränderungen in Schichten, Milieus, Berufsgruppen u. a. bleiben außen vor, doch wird die Rolle der Frau in Wandel und Kontinuität skizziert. Aus dem Bereich der Staatsgewalt, zu der auch Verwaltung, Justiz und Polizei zuzurechnen sind, wird beispielhaft das Militär in einem Kapitel zum Gegenstand gemacht. Gefragt wird weiterhin, ob die von Beginn an bedrängte Demokratie wirklich eine machtlose »Republik ohne Republikaner« war oder aber doch über wirkungsvolle Abwehrmechanismen gegen die Gefahren verfügte.

Weimar war, was die externen und internen belastenden Bedingungsfaktoren nach dem Krieg betraf, im europäischen Nationenvergleich zwischen »Normalität und Fragilität« (TIM B. MÜLLER/ADAM TOOZE) kein Einzelfall, aber mit einem in eine Diktatur sondergleichen mündenden Ende doch ein Solitär. Endkampf und Untergang werden hier zwar auch in einem eigenen Abschnitt, aber nicht wie bei anderen knappen Überblicken in minutiöser Beschreibung von Abläufen, Interessen und Ränkespielen ausgebreitet, da seit den Wahlen von 1930 die Demokratie schon beschnitten war und es mit der Übernahme der Kanzlerschaft durch Franz von Papen 1932 nur noch darum ging, wer letztlich die Demokratie erfolgreich in eine Diktatur umbiegen würde. »Der lange Untergang der Republik« (URSULA BÜTTNER) ist in zahlreichen Übersichten – gemessen am Gesamtumfang – doch unverhältnismäßig breit rekapituliert worden. Solche Detailliertheit erübrigt sich hier auch aus inhaltlichen Gründen.

Die jeweiligen Kapitel sind angereichert durch eine sehr begrenzte Anzahl exemplarischer »Stichworte« und einige vertiefende Darstellungen zu diesem Bereich gehörender oder ihm inhaltlich doch sehr nahestehender Unterkapitel (»Im Fokus«). Dabei hätte manches Unterkapitel auch einem anderen Komplex zugeordnet werden können (etwa »Konservative Revolution« in den Abschnitt über das Ende der Republik oder die »Wehr- und Kampfverbände« zu »Die bedrängte und die wehrhafte Republik«).

Angesichts von Breite und Tiefe der Weimarer Entwicklung musste verknüpft und ausgewählt werden. Außen vor bleibt weitgehend die von gravierenden Strukturproblemen geschüttelte Wirtschaft wie auch die von Agrarkrisen heimgesuchte Landwirtschaft. Determinierende wirtschaftliche, gesellschaftliche und soziale Entwicklungen finden nur insoweit Berücksichtigung, als diese Politik verständlich machen, sie diese herausforderten oder aber andersherum von der Politik wesentlich geprägt oder gar gesteuert bzw. »geplant« wurden.

Angesichts der Fülle von Gesamtdarstellungen und einer schier endlosen Zahl an Betrachtungen zu Einzelkomplexen wird auf eine den essayistischen Charakter des Bandes sprengende Annotation verzichtet; im Text werden die Urheber grundlegender Wertungen aus späterer Zeit angeführt (und in Versalien kenntlich gemacht). Dafür finden sich am Ende Hinweise auf ausgewählte Literatur vornehmlich neueren Datums, die jedoch nicht über die Periode von Weimar hinausreichende Handbücher oder sachthematische Beiträge in Aufsatzsammlungen oder Zeitschriften enthält, die herausgezogen wurden und aus denen vereinzelte Zitate anderer Autoren stammen.

Alles in allem: Die Darstellung mit ihren thematischen Überblicken ist nicht *die* Geschichte Weimars (und kann sie auch nicht sein), sondern sie ist *eine* konzentrierte und beschnittene Geschichte, dabei eine traditionell historiographische Betrachtung der ersten Republik, sie versteht sich als eine solche – nicht mehr, aber auch nicht weniger.



*Demonstration der Belegschaft der sozialdemokratischen Buchdruckerei »Vorwärts« in Berlin um 1932.*

## Prolog – Vorwärts in die Republik

»Die Nacht zum 9. November war schlaflos gewesen, sie kam mir endlos vor.« Mit diesen Worten beginnt Philipp Scheidemann das Kapitel seiner 1928 veröffentlichten Memoiren über den entscheidenden Tag zehn Jahre zuvor, an dem er Geschichte geschrieben hat. An diesem 9. November 1918 erreicht die von den meuternden Matrosen der Kriegsmarine in den Seehäfen ausgehende revolutionäre Welle die Reichshauptstadt Berlin. Am Morgen verkündet die SPD den Generalstreik. Scheidemann, neben Friedrich Ebert einer der beiden Vorsitzenden der SPD, tritt von seinem Amt als Minister in der knapp fünf Wochen zuvor gebildeten Reichsregierung unter Prinz Max von Baden zurück. Die SPD fordert erneut die Abdankung von Kaiser Wilhelm II. Zudem beansprucht sie nun die Regierungsgeschäfte, und zwar »gründlich und restlos«. Schließlich verkündet Max von Baden eigenmächtig den Thronverzicht des Kaisers und überträgt Friedrich Ebert die Kanzlerschaft.

An diesem schicksalhaften Tag kommt es gegen 14 Uhr am Reichstag zu einem bedeutungsvollen Ereignis. Der Hauptbeteiligte Philipp Scheidemann schildert später diesen Moment und überliefert die Worte, mit denen er sich an die vor dem Reichstag zusammenströmende Menschenmenge gewandt haben will: »Arbeiter und Soldaten! Furchtbar waren die vier Kriegsjahre. Grauenhaft waren die Opfer, die das Volk an Gut und Blut hat bringen müssen. Der unglückselige Krieg ist zu Ende; das Morden ist vorbei. [...] Der Kaiser hat abgedankt; er und seine Freunde sind verschwunden. Über sie alle hat das Volk auf der ganzen Linie gesiegt! Prinz Max von Baden hat sein Reichskanzleramt dem Abgeordneten Ebert übergeben. Unser Freund wird eine Arbeiterregierung bilden, der alle sozialistischen Parteien angehören werden. Die neue Regierung darf nicht gestört werden in ihrer Arbeit für den Frieden, in der Sorge um Arbeit und Brot. Arbeiter und Soldaten! Seid euch der geschichtlichen Bedeutung dieses Tages bewusst. [...] Das Alte und Morsche, die Monarchie ist zusammengebrochen. Es lebe das Neue! Es lebe die Deutsche Republik!«

Was der begnadete und begeisternde Redner wirklich den Massen vor dem Reichstag zugerufen hat, darüber streiten sich die Historiker. Egal wie es abgelaufen ist, wie seine genaue Wortwahl auch gewesen sein mag: Die Rede schafft Fakten. Denn eines ist mit diesem spontanen Auftritt, den die zeitgenössische Presse bereits als einen historischen Augenblick wertet, entschieden: Von nun an gibt es kein Zurück mehr, weil Scheidemann die Republik schon als Tatsa-

che feststellt. Das 1871 begründete Deutsche Kaiserreich gehört der Vergangenheit an. So gilt der 9. November 1918 auch und vor allem wegen des Auftritts des sozialdemokratischen Volkstribuns zu Recht als ein »zentrales Datum der deutschen Demokratiegeschichte« (REINHARD RÜRUP).



*Immer wieder wird dieses Bild oder ein ähnliches vom gleichen Moment als Aufnahme von Philipp Scheidemann bei der Ausrufung der Republik vom Reichstag publiziert. Das trifft nicht zu – ebenso wie die jüngste Behauptung, es handele sich um eine zehn Jahre später erfolgte Nachstellung der Szene. Dies sei, da der Reichstag nicht zur Verfügung gestanden habe, von der Reichskanzlei aus geschehen. In der Tat zeigt das Foto Scheidemann in einem Fenster der Reichskanzlei; das Bild jedoch stammt vom Mai 1919, als der seinerzeitige Reichsministerpräsident das Wort an einen Demonstrationszug gegen den Versailler Vertrag richtet.*

# I. Grundsteinlegung der Republik

## 1. Weichenstellungen in der Revolution

Im August 1914 war die Mehrheit der Deutschen in den von der kaiserlichen Regierung bewusst in Kauf genommenen, ja forcierten Krieg mit der Zuvorsicht gezogen, dass die Truppen spätestens zum Weihnachtsfest wieder siegreich heimgekehrt sein würden. Doch aus dem erhofften kurzen Waffenengang wurde ein industrieller Krieg, ein Schlachthaus für Millionen. Der vermeintliche Verteidigungskrieg, der – so wollte die deutsche Staatsleitung in der Verschleierung der eigenen Schuld Glauben machen – vom zaristischen Russland als Aggressor den Deutschen aufgezwungen worden sei, erstarrte in einem Stellungskampf. Der Krieg hatte auch die Heimat im Würgegriff und verschlechterte die Lage der Bevölkerung in dramatischer Weise.

Zu Beginn des fünften Kriegsjahres, im Frühherbst 1918, stand die lange Zeit kaum für möglich gehaltene Niederlage Deutschlands fest. Seit der alliierten Sommeroffensive waren die deutschen Kampfverbände zurückgeworfen worden. Die Fahnenflucht wurde zu einem regelrechten Massenphänomen, das den Zusammenbruch beschleunigte. Die am 29. September vorgebrachte Forderung nach sofortigen Waffenstillstandsverhandlungen seitens der Obersten Heeresleitung (OHL), die im Krieg auch innenpolitisch zum entscheidenden Machtfaktor geworden war, traf die politisch Verantwortlichen und die Parteien des Reichstags nahezu unvorbereitet, da die Militärs zuvor immer Siegesgewissheit vermittelt hatten. So schlug der militärische Offenbarungseid wie eine Bombe ein. In dieser Situation entschlossen sich militärische und zivile Reichsleitung, die lange verwehrte Demokratisierung des Reiches einzuleiten, die Regierung auf eine parlamentarische Basis zu stellen und auf sie die Verantwortung für Kriegsende und Friedensschluss abzuwälzen. Mit den Worten des Generalquartiermeisters der OHL, Erich Ludendorff, sollten die nun die Suppe auslöffeln, »die sie uns eingebrockt haben«. Andersherum entsprach es der Wirklichkeit: Die Militärs stahlen sich aus der Verantwortung für das, was sie angezettelt hatten. Sie tischteten die von ihnen gekochte »Suppe«, also Krieg, Niederlage und die ungewissen Folgen, der neuen Regierung auf.

Die sich im Zeichen der Niederlage vollziehende Parlamentarisierung entsprach den Forderungen des im Juli 1917 aus Zentrum, SPD und liberalen Par-

teien gegründeten Interfraktionellen Ausschusses, der auf eine vom Vertrauen des Reichstags getragene Regierung drängte. Die Bildung einer neuen Regierung am 3. Oktober 1918, mit der faktisch der Schritt zum parlamentarischen System vollzogen wurde, war somit das Resultat einer Revolution »von oben« und gleichzeitig auch »von unten«, gefordert vor allem von der SPD.

Die im Kaiserreich ausgegrenzte SPD als Emanzipationsbewegung der Arbeiterschaft hatte im August 1914 durch die Zustimmung zu den Kriegskrediten zugleich einen Burgfrieden geschlossen. Über dieses Stillhalteabkommen im politischen Kampf gegen das undemokratische und sie benachteiligende System trennten sich im April 1917 diejenigen, die den Burgfrieden nicht länger mitzutragen bereit waren. Sie sammelten sich in der neuen Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschland (USPD), darunter auch der radikal-sozialistische internationalistisch-pazifistische Spartakusbund. Als die SPD, die seit dem Jahreswechsel 1916/17 stärker auf Reformen drängte, im Frühsummer 1917 dann angesichts der Verhärtung der innenpolitischen Fronten und einem beharrlichen Verweigern der geforderten demokratischen Reformen durch die Reichsleitung den Burgfrieden mit der Ablehnung neuer Kriegskredite aufzukündigen drohte, gingen die demokratischen Parteien auf sie zu. Die offerierte Zusammenarbeit im Interfraktionellen Ausschuss als einem informellen Koordinationsgremium der Reichstagsfraktionen war der erste wirkliche Schritt zur Anerkennung der SPD. Erst die Abspaltung des linken Flügels hatte dies überhaupt möglich gemacht.

Doch der vom Interfraktionellen Ausschuss angestrebte und schließlich im Oktober 1918 vollzogene Wandel wurde mit der Berufung von Prinz Max von Baden, dem als liberal geltenden badischen Thronfolger und Vetter des Kaisers, zum neuen Reichskanzler nach außen hin nicht hinreichend deutlich, obwohl das neue Kabinett unter maßgeblicher Beteiligung der Parteien der Reichstagsmehrheit gebildet worden war. Mit Gustav Bauer und Philipp Scheidemann gehörten der Regierung erstmalig auch Sozialdemokraten an, die im Kaiserreich noch als Reichsfeinde außerhalb der Gesellschaft gestellt worden waren. Die SPD durfte es auch als besonderen Erfolg verbuchen, dass mit dem Reichsarbeitsamt ein Ressort für Sozialpolitik eingerichtet wurde.

Nicht von ungefähr feierte der SPD-Vorsitzende Friedrich Ebert in der parlamentarischen Aussprache am 22. Oktober 1918 die neue Regierung und die Art und Weise ihres Zustandekommens als einen »Systemwechsel von großer Tragweite«, als »Geburtstag der deutschen Demokratie«. Doch das war der SPD beileibe nicht genug, denn die von der »Regierung des Volksvertrauens« eingeleitete innenpolitische Wende konnte und durfte nur der »Anfang eines Überganges« sein. Sie war für die SPD ein Etappenziel – nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Die Ende Oktober verabschiedeten Verfassungsreformen, die das Gewicht des Reichstags gegenüber der Regierung stärkten, zugleich zentrale Rechte des Kaisers an Reichstag und Regierung delegierten und letztlich die konstitutionelle Monarchie in eine parlamentarische transferierten, lagen ganz auf der Linie der SPD, die neben ihrer klassenspezifischen nun auch staatspolitische Verantwortung übernahm. Auch in manchen Ländern des Reiches wurden im Sog der Berliner Entwicklung noch kurz vor Toresschluss rasch neue Regierungen unter Einschluss von Sozialdemokraten gebildet (in Sachsen am 26. Oktober, in Württemberg am 6. November) oder zumindest Reformen angekündet (wie in den Großherzogtümern Baden und Hessen). In Bayern stimmte König Ludwig III. den zwischen Regierung und Landtagsfraktionen ausgehandelten Fortschritten zu; der Weg in eine parlamentarische Regierung war eigentlich frei. Doch all diesen Neuerungen oder Plänen haftete von vorherein ein Manko an: Sie kamen zu spät, viel zu spät.

In der SPD gab es eine starke Strömung, die Monarchie, demokratisch reformiert, vorerst zu erhalten, allerdings ohne den völlig diskreditierten Kaiser. Das speiste sich aus der Erkenntnis, dass nach dem verlorenen Krieg ein radikaler verfassungsrechtlicher Schnitt die Situation der tiefen Niedergeschlagenheit noch zusätzlich verschärft hätte. Auf friedlichem Wege sollte der wilhelminische Semiparlamentarismus in den vollendeten, sozial ausgeprägten Verfassungsstaat verwandelt werden. Das konnte auch unter monarchischem Signet erfolgen. Doch wurde die Abdankung des Kaisers immer mehr zur Schlüsselfrage. Denn nach dem sich über Wochen hinziehenden diplomatischen Notenwechsel mit den Vereinigten Staaten, spätestens seit der dritten Note des US-amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson vom 23. Oktober, musste jedem klar sein, dass die Alliierten mit Wilhelm II. keinen Frieden schließen würden. Die mehrfachen sozialdemokratischen Vorstöße bei den zivilen und militärischen Entscheidungsinstanzen in Sachen Thronverzicht des Kaisers liefen allesamt ins Leere, so dass die Partei nur noch warnen konnte, dass nunmehr die Dinge ihren Lauf nehmen müssten. Sie nahmen ihren Lauf, auch weil die Oktoberreformen keine kühlende Wirkung auf die überhitzte Stimmung draußen im Lande erzielten und so auch kein verlorenes Vertrauen bei der Bevölkerung zurückgewinnen konnten. Der ersten parlamentarischen Reichsregierung war daher keine lange Lebensdauer beschieden.

Die kampfesmüden Soldaten in den Schützengräben und die ausgelaugten Massen in der Heimat erblickten – den nächsten Hungerwinter vor Augen – in Wilhelm II. den eigentlichen Hinderungsgrund für den ersehnten Frieden. Seine beharrliche Verweigerung des Rücktritts war die Hefe im revolutionären Gärungsprozess. Immer mehr griffen Wut und Verzweiflung um sich, getragen von der Erkenntnis, dass der Frieden nicht mit denen erreicht werden konnte,

die Deutschland 1914 in den Weltenbrand geführt hatten. Immer lauter wurde die Abdankung des Kaisers gefordert, der sich am 29. Oktober ins Große Hauptquartier im belgischen Spa absetzte.

Keine Hand rührte sich mehr für ihn. Das alte Reich brach im revolutionären Sturm wie ein Kartenhaus zusammen. Es bedurfte in dieser hochexplosiven Situation nur eines Funkens, um das Pulverfass zum Detonieren zu bringen. Und die Lunte entzündete die Seekriegsleitung mit dem ebenso unsinnigen wie rechtswidrigen Befehl vom 24. Oktober, die bis dahin kaum eingesetzte Kriegsflotte zu einem letzten Gefecht gegen die überlegene britische Royal Navy auslaufen zu lassen, was unweigerlich in den Tod geführt hätte.



*Auftakt zur Revolution: Demonstration meuternder Matrosen auf dem Marktplatz in Kiel am 4. November 1918.*

Es war ein hochverräterisches Vorhaben der Seekriegsleitung, nachdem die militärische Führung auf Waffenstillstandsverhandlungen gedrängt und die neue Regierung mit den Siegern bereits diesbezüglich Kontakt aufgenommen hatte. Gegen den Befehl meuterten die Matrosen, denen es gelang, die Macht in den Flottenstützpunkten an sich zu reißen. Kiel fiel am 4. November als erstes in ihre Hände. Die Rebellion löste einen revolutionären Sturm aus, der in Windeseile das ganze Land erfasste. Er fegte die vom demokratischen

## Bildnachweis

Archiv der sozialen Demokratie, Bonn: 12, 14, 18, 22, 23, 29, 35, 39, 42, 58, 66, 90, 98, 106, 112, 119, 133, 154, 158, 168, 174, 203, 231  
Bildarchiv Preußischer Kulturbesitz, Berlin: 211  
Bundesarchiv Koblenz: 50 (Bild 102-00685), 54 (Bild 102-04817), 63 (Bild 102-09696), 92 (Bild 146-1971-109-42), 114 (Bild 183-R14433), 164 (Bild 183-R32437), 172 (Bild 102-10677), 175 (Bild 102-02441), 181 (Bild 102-00337A), 184 (Bild 102-00700), 188 (Bild 102-09663), 201 (Bild 102-11682), 226 (Bild 102-13228), 229 (Bild 102-13324), 233 (Bild 183-R90629), 240 (Bild 102-10544)  
Bundesarchiv Berlin, SAPMO: 53 (Bild Y-1-542-26970), 177 (Bild Y-1-335-26958)  
Historisches Museum Frankfurt a. M.: Umschlag (Bild C 25.866 d)  
Stadtarchiv Kassel: 141, 161, 243  
Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte, Heidelberg: 61, 83, 199, 218, 222, 223  
Wolfgang Haney (†), Berlin: 108  
Walter-Ballhause-Archiv, Plauen: 238

## Der Autor

Walter Mühlhausen (\*1956 im nordhessischen Eichenberg), Historiker, ist Geschäftsführer und Vorstandsmitglied der Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte in Heidelberg und lehrt als apl. Professor an der Technischen Universität Darmstadt, wo er sich 2006 habilitierte. Seine Forschungsschwerpunkte sind die Geschichte der Arbeiterbewegung und der Weimarer Republik sowie die hessische Zeitgeschichte.